

Soziale Gerechtigkeit – Kitt der Gesellschaft

Birke Bull

Wenn man davon ausgeht, dass es in der LINKEN in 80 % aller Fragen und Ansichten strömungsübergreifenden Konsens gibt, gehört zu diesem Markenkern zweifellos die Überzeugung, dass soziale Gerechtigkeit nicht nur für jede und jeden Einzelnen, sondern auch für den Zusammenhalt der Gesellschaft existenziell wichtig ist.

Gerade in Krisenzeiten braucht es Sicherungssysteme und zwar als Absicherung nach unten. Mindestlohn, Mindestrente, Grundsicherung sind deshalb keine Almosen, sondern notwendig für das Fortbestehen der Gesellschaft. Schaffen wir es nicht, gewisse Grundstandards einzuziehen, droht sie den Kitt, ihre soziale Substanz, zu verlieren.

Wer von einem Stundenlohn von 5 Euro, von Hartz-IV oder Minirenten leben muss, wird es zu Recht als zynisch empfinden, wenn er dafür auch noch Dankbarkeit und Engagement für Demokratie und Freiheit zeigen soll. Auch ehrenamtliches Engagement für die Gesellschaft bleibt schnell auf der Strecke, wenn die Erfahrung gemacht werden muss, dass die Gesellschaft die Betroffenen selbst links liegen lässt. Demokratie und Freiheit gehen nur zusammen mit Solidarität und Gerechtigkeit. Es sind die sprichwörtlichen zwei Seiten einer Medaille. Und nur wer sich von der Gesellschaft

angenommen und wertgeschätzt fühlt, wird sich einbringen.

Deshalb können wir uns als Linke nicht damit abfinden, dass eine nicht zu übersehende Gruppe nur noch unter größten Schwierigkeiten am gesellschaftlichen Leben teilnehmen kann oder das Bedürfnis danach längst aufgegeben hat. Armut wird inzwischen vererbt. Die soziale Frage definiert sich über den Zugang zu Bildung, Kultur, Freizeit, Mobilität, Information usw. Diese Zugänge für jede und jeden zu ermöglichen, ist Grundvoraussetzung für ein eigenständiges Leben.

Unser Markenkern, unsere Identität bleibt deshalb, eine Gesellschaft zu beschreiben, die niemanden ausschließt. Es ist unsere originäre Aufgabe, dafür zu streiten, unsere Gesellschaft wieder näher zusammenzuführen, soziale Integration erlebbar zu machen. Eine Grundsicherung für jede und jeden ist unerlässlich für die Teilhabe.

Die Arbeitsgesellschaft zerfasert immer mehr. Gebrochene Erwerbsbiografien, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, die nicht genug zum Leben lassen, sind keine Ausnahmen mehr. Zeitarbeit, Teilzeit- und befristete Arbeitsverhältnisse bieten keine vernünftigen Perspektiven und machen die Lebensplanung enorm schwierig. Wir streiten für gute Arbeit: unbefristet und vernünftig bezahlt. Un-

sere Idee des flächendeckenden Mindestlohns wird inzwischen von einer breiten gesellschaftlichen Basis getragen. Hier können wir selbstbewusst sagen: Links wirkt!

Niedriglohn steht mit Altersarmut in einem direkten Zusammenhang. Eine Mindestrente muss auch in diesem Lebensabschnitt die Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen.

Armut ist nicht nur für die Betroffenen ein Problem, sondern auch für die familiären Strukturen, für das Lebensumfeld und für die sozialen Sicherungssysteme. Die Gesellschaft als Ganzes ist in Frage gestellt, wenn sie diese Probleme nicht gelöst bekommt.

Solidarität ist ohne Verteilungsgerechtigkeit nicht denkbar. Es bedarf nicht der Schuldenbremse, sondern einer auskömmlichen Einnahmepolitik. Unser Weg aus der Schuldenspirale führt über eine höhere und gerechtere Besteuerung von privaten Vermögen, Erbschaften und Unternehmensgewinnen. Dann sind auch öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Leistungsgesetze weiterhin finanzierbar.

Unsere zentrale Aufgabe wird sein, die Sicherungen „nach unten“ auszubauen. Um die erforderlichen stabilen Eckpfeiler Mindestlohn, Mindestsicherung und Mindestrente werden wir immer wieder ringen müssen, denn die Vergangenheit hat gezeigt: ohne Druck von links, wird es diese drei Instrumente nicht geben. Die soziale Frage ins Zentrum der Politik und öffentlichen Debatte zu rücken, wird unsere zentrale Funktion in der Gesellschaft bleiben.

Aus dem Inhalt:

Das Thema:

Sozialpolitik

Seite 1 - 3

• Wahlen in Schleswig-Holstein

Seite 4

• BO Versammlung "Egelter Mulde"

Seite 5

• 1. Mai 2012

Seite 6-7

• Kreisdeligiertenkonferenz

Seite 8

• Stadträte Staßfurt und Bernburg

Seite 9

• Stadtrat Güsten

Seite 10

• Kommunaltour

Seite 10-11

Instrumentenreform

Sabine Dirlich

Der Bundestag hat zum 1. 4. 2012 eine Veränderung im Bereich der arbeitsmarktpolitischen Instrumente mit massiven Einschnitten zu Lasten Langzeitarbeitsloser durchgesetzt. DIE LINKE Sachsen-Anhalts hat auf diese Pläne mit einem Antrag im Landtag reagiert und auf die wichtigsten Probleme aufmerksam gemacht. Wir haben im Landtag schon mehrfach die Ausweitung des Niedriglohnssektors und die Folgen dieser Entwicklung für Sachsen-Anhalt diskutiert. Die Bundesregierung hingegen berauscht sich an Zahlen, verbreitet den Eindruck, als würde sich das Problem bald von selbst lösen und blendet dabei die Probleme der Langzeitarbeitslosen genau so aus wie die Strukturschwäche der ostdeutschen Bundesländer. Sie behauptet, sie will Effektivität und Effizienz verbessern. Sie will dezentrale Entscheidungskompetenzen gezielt stärken. Sie will die Arbeitsmarktinstrumente einfacher, transparenter und übersichtlicher machen. Sie will schneller und passgenauer unterstützen und zweckmäßig kontrollieren. Sie will das Instrumentarium flexibel und auf den individuellen Bedarf ausgerichtet einsetzen.

Ich habe im Landtag gesagt: „Und morgen, liebe Kinder, erzähle ich Euch ein anderes altes Märchen!“

Aber ein wenig Wahrheit ist im Gesetzentwurf auch zu finden:

„Nach dem von der Bundesregierung im Juni 2010 beschlossenen Zukunftspaket muss die Bundesagentur für Arbeit Effizienzsteigerungen und strukturelle Einsparungen in Höhe von 2,5 Milliarden Euro im Jahr 2012 und von jeweils 3 Milliarden Euro ab dem Jahr 2013 haushaltswirksam werden lassen.“

In der Sitzung des Bundestages am 1. Juli 2011 wurde sowohl bestritten, dass Sparzwang der Grund für das Gesetz war, als auch die Tatsache, dass in der Arbeitsförderung dazu übergegangen werden soll, die Förderung von Menschen, die nicht kurzfristig in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden können, praktisch einzustellen.

Die Trägerpauschale, die zur Organisation und materiellen Absicherung

von Projekten und Maßnahmeteilnehmer/innen gebraucht wird, wird massiv eingeschränkt. Das heißt für die Träger von Projekten, dass sie kaum noch Begleitung und Betreuung anbieten können.

Dazu kommt, dass die Wettbewerbsneutralität nun Gesetzeskraft erlangt hat. Das wird die Möglichkeiten für Projekte weiter einschränken. Kritikerinnen machen darauf aufmerksam, dass die Teilnehmer/innen an Maßnahmen so nah wie möglich an den Arbeitsmarkt geführt werden müssen. Durch diese Regelung wird aber die Arbeitsmarktförderung von Projekten zementiert. Dann allerdings werden sie sich wieder mit dem Vorwurf konfrontiert sehen, dass sie nicht in den ersten Arbeitsmarkt führen. Na prima! Wie denn bitte?

Auch längerfristige Beschäftigungsangebote, wie sie mit dem Beschäftigungszuschuss möglich waren, sollen den arbeitsmarktfremdesten Personen vorenthalten bleiben. Und: die Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante wurden abgeschafft.

Die Gutscheinelösung wird, wenn sie nicht mit Betreuung und Begleitung ergänzt wird, ebenfalls dazu führen, dass benachteiligte Personen an den Rand gedrängt werden. Alles das macht deutlich, dass die Bundesregierung alle die Erwerbslosen abschreiben will, die nicht kurzfristig und kostengünstig in ungeforderte Arbeit zu vermitteln sind.

An dieser Stelle muss auf die gesellschaftliche Dimension dieser Entwicklung aufmerksam gemacht werden. Die LINKEN haben die Hartz-Gesetze von Anfang an scharf kritisiert. Zu den wenigen Vorteilen zählte aber, dass auch Sozialhilfeempfänger/innen Arbeitsmarktmaßnahmen angeboten werden sollten. Da mit dieser neuerlichen Änderung nun auch noch dieser letzte Vorteil weggefallen ist, bleibt von der Arbeitsmarktreform nur noch die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe übrig!

Es wird immer betont, dass es nicht Aufgabe des SGB II ist, Beschäf-

tigungsgesellschaften zu finanzieren. Das vergisst, dass es ohne Betreuungsstrukturen aber eben auch keine Betreuung mehr gibt. Es geht nicht um den Bestand von Strukturen, sondern um den Bestand der Begleitung und Betreuung von erwerbslosen Hilfebedürftigen.

Immer wieder wird auch der Fachkräftemangel beschworen und wir wissen, dass er nicht erfunden ist. Der Gesetzentwurf tut allerdings nichts, um diesem Fachkräftemangel mit einer wirksamen Politik zur Umschulung und Weiterbildung zu begegnen. Im Gegenteil! Schon im vergangenen Jahr ist die Zahl der Neueintritte in solche Maßnahmen um etwa ein Drittel zurückgegangen. Auch angesichts des demografischen Wandels kann sich eine so hochqualifizierte und hochspezialisierte Gesellschaft wie die unsere einen so hohen Anteil unqualifizierter Arbeitskräfte nicht leisten. Gerade für die Älteren, die auch oft ausreichend motiviert sind, ist Weiterbildung eigentlich die wichtigste Möglichkeit für einen Neuanfang. Ein beredtes Beispiel ist die Altenpflegeausbildung. Erfahrungen von Bildungsträgern haben gezeigt, dass die in diesem Bereich Weitergebildeten zu nahezu 100 % vermittelt werden konnten. Das ist effektive Arbeitsmarktpolitik.

Vehement kritisieren muss man auch die Tatsache, dass der Rechtsanspruch auf eine Förderung mittels einer Maßnahme zur Aktivierung oder einer beruflichen Eingliederung nach sechsmonatiger Arbeitslosigkeit abgeschafft wird. Es ist Augenauswischerei zu behaupten, man würde so die Flexibilität vor Ort und eine individuelle Betrachtung des Einzelnen ermöglichen und stärken. Wenn nämlich gleichzeitig die finanziellen Spielräume derart beschnitten werden, bleibt den Vermittler/innen vor Ort letztlich nur noch der Spielraum, die Maßnahme abzulehnen.

Das Rentenpaket der Bundesregierung

Matthias W. Birkwald

Die Arbeits- und Sozialministerin Dr. Ursula von der Leyen hat ein „Rentenpaket“ vorgestellt. Damit sollen eine Zuschuss-Rente und eine Kombi-Rente eingeführt werden.

Lebensleistung anerkennen – das war einst das Ziel der gesetzlichen Rente. Mit den Riester-Reformen vor mehr als zehn Jahren wurde die Rente entkernt. Seitdem sinkt das Rentenniveau. Die Rente ab 67 kürzt die Renten noch weiter. Mit Leiharbeit, Mini-Jobs, miesen Löhnen und Hartz IV kann sich niemand einen vernünftigen Lebensstandard aufbauen. Deshalb muss ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von 10 € eingeführt werden.

An der Tatsache, dass die Lebensleistung der Ostdeutschen in der Rentenversicherung schlechter bewertet als die der Westdeutschen, wollen CDU/CSU und FDP nichts ändern. Ostdeutsche erhalten auch weiterhin für die gleiche Lebensleistung weniger Rente als Westdeutsche. Ab 01. 07. 2012, wenn die Renten im Osten um 2,26 Prozent und im Westen um 2,18 Prozent steigen werden, wird die Rentenungleichheit noch größer: Nach 45 Jahren durchschnittlichem Verdienst erhalten Ostdeutsche elf Prozent oder 142 Euro weniger Rente als Westdeutsche! Das ist ungerecht!

DIE LINKE fordert, dass die Renten im Osten endlich auf das Westniveau angehoben werden!

Zuschuss-Rente: Je stärker die Menschen von Altersarmut bedroht oder betroffen sind, desto weniger hilft sie ihnen.

Die Zuschuss-Rente kriegen nicht alle. Sie gilt nur für jene, die ab 2013 in Rente gehen werden. Um in den Genuss einer Zuschuss-Rente zu kommen, sind dann mindestens 40, ab dem Jahr 2023 sogar 45 Versicherungsjahre erforderlich. Unter den 40 (bzw. 45) Versicherungsjahren müssen 30 (bzw. 35) Pflichtbeitragsjahre sein. Dazu zählen Beiträge aus einem Job, aus Kindererziehungs- und aus Pflegezeiten. Je länger die Menschen von Erwerbslosigkeit betroffen sind, desto größer wird die Gefahr der Al-

tersarmut. Doch Beiträge, die für Erwerbslose mit Arbeitslosengeld I an die Rentenkasse gezahlt werden, werden bei der Zuschuss-Rente einfach nicht mitgezählt.

Die Zuschuss-Rente soll kleine Renten verdoppeln und maximal auf 850 € aufstocken. Brutto. Nach Abzug von Kranken- und Pflegeversicherung sind es nur noch 765 €. Das sind gerade mal 77 € mehr als die Grundsicherung im Alter. Wer nur 300 € eigene Rente hat, erhält auch nur einen Zuschuss von 300 €. Macht zusammen 600 € und damit 88 € weniger als das aktuelle Grundsicherungsniveau.

DIE LINKE will, dass niemand im Alter von weniger als 900 € leben muss! Brutto sind das 1000 €. Deswegen brauchen wir eine Solidarische Mindestrente!

Trotz des Riesters-Desasters wird die Riesterei für Geringverdiener/innen durch die Hintertür zur Pflicht gemacht. Denn wer eine Zuschuss-Rente will, muss ab dem Jahr 2019 mindestens 5, später dann 35 Jahre privater Vorsorge nachweisen. Aufgehübscht werden soll die magere Riester-Rente, indem sie später nicht auf die Zuschuss-Rente angerechnet werden wird.

Erwerbsminderungsrente: Altersarmutsrisiko bleibt unverändert hoch Erwerbsminderung ist ein weiteres Risiko für Altersarmut. Wer vor dem 60. Lebensjahr in eine Erwerbsminderungsrente geht, dem können bestimmte Zeiten gutgeschrieben werden. Diese Zurechnungszeit richtet sich nach dem Durchschnitt der Beiträge, die ein/e Versicherte/r vor der Erwerbsminderungsrente eingezahlt hat. Es wird also so getan, als hätten die Betroffenen bis 60 weitergearbeitet. Allerdings können Erwerbsgeminderte frühestens mit 63 in Rente gehen. Für jeden Monat, den sie vor dem 63. Lebensjahr in Rente gehen, wird ihnen die Rente um 0,3 Prozent, maximal jedoch um 10,8 Prozent gekürzt. Von diesen Abschlägen waren im Jahr 2010 nahezu alle neuen Erwerbsminderungsrentner/innen betroffen.

Der Vorschlag, die Zurechnungszeit von 60 auf 62 zu verlängern, ändert an

der Misere kaum etwas. Denn er passt die Zurechnungszeit nur der mit der „Rente erst ab 67“ auch für Erwerbsgeminderte erhöhten Altersgrenze an: Sie steigt von derzeit 63 auf 65 im Jahre 2024. Es bleibt also bei der Lücke von drei Jahren und damit bei den maximal 10,8 % Rentenkürzungen.

Das will DIE LINKE ändern. Deshalb fordern wir, die Rente erst ab 67 und die neue Altersgrenze für Erwerbsgeminderte zurückzunehmen. Zudem müssen die ungerechten Abschläge gestrichen werden.

Kombi-Rente: Ältere werden gegen Jüngere ausgespielt - und beide verlieren.

Wer vorzeitig soll mehr hinzuverdienen dürfen. Und zwar soviel, bis die Rente und der Zuverdienst zusammen genau so hoch sind wie das frühere Einkommen. Doch das ist nichts weiter als das Eingeständnis, dass die Menschen eben nicht mit anständigen Löhnen bis 67 arbeiten können.

Alt und Jung werden hier gegeneinander ausgespielt: Für junge Leute muss der volle Lohn gezahlt werden, bei Älteren darf es etwas weniger sein. Doch selbst wenn die Älteren den Job kriegen, verlieren sie langfristig. Denn wer vorzeitig in Rente geht, dem und der wird die Rente gekürzt. Wer heute mit 63 in Rente geht, kriegt 7,7 Prozent weniger Rente. Wer bis 67 arbeiten muss und mit 63 geht, muss 14,4 Prozent Rentenabschlag hinnehmen. DIE LINKE will, dass die Rente ab 67 vollständig zurückgenommen wird. Statt Malochen bis zum Tode brauchen wir eine Solidarische Mindestrente. Niemand soll im Alter von weniger als 900 Euro leben müssen!

Matthias W. Birkwald (MdB) ist rentenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag

Zur Wahlniederlage der LINKEN in Schleswig- Holstein und zum beachtlichen Erfolg bei der Kommunalwahl in Thüringen

Friedrich Schütz

Bei der Landtagswahl in Schleswig- Holstein am 6. Mai konnte DIE LINKE nur 2,2% der Zweitstimmen gewinnen. Sie hat damit die 5 Prozent-Hürde nicht übersprungen und ist aus dem Parlament „rausgeflogen“. Das ist für unsere Partei eine ganz bittere, eine enttäuschende Niederlage, die wir zum ersten Mal hinnehmen mußten, aber nun auch durchstehen müssen.

Diese Landtagswahl war wie die im Saarland (s. DLZ 4/2012) und die bevorstehende in Nordrhein- Westfalen keine turnusmäßige Wahl. DIE LINKE hatte nach der Landtagswahl am 29. September 2009, bei der sie bei der Auszählung der Stimmen übervorteilt wurde, Verfassungsbeschwerde eingelegt. Das Landesverfassungsgericht stellte darauf hin fest, daß das Wahlgesetz gegen die Landesverfassung verstößt und es verfügte eine Wahlrechtsänderung sowie eine Neuwahl des Landtages.

Ein wesentliches Merkmal dieser Wahl war die mit einer Beteiligung von nur 60,1% gegenüber 2009 (73,6%) deutlich geringere Bereitschaft der Wähler/innen, an der Wahl teilzunehmen. Das hatte zur Folge, daß außer den Piraten alle anderen Parteien Stimmenverluste hinnehmen mußten. Gab es 2009 1 603 374 abgegebene Stimmen, so waren es jetzt nur 1 347 257. Sieht man sich die Verteilung der Stimmen auf die einzelnen Parteien an, so zeigt sich, daß die Regierungsparteien CDU mit 30,8 % (2009 31,5%) mit einem knappen Vorsprung gegenüber der SPD den ersten Platz verteidigen konnte, aber rund 97 000 Stimmen verloren hat. Hierfür erhält sie, so wie auch die SPD, 22 Mandate, die alle auf Direktmandate entfallen.

Ziel der SPD war es, stärkste Partei zu werden, den Ministerpräsidenten zu stellen und so gemeinsam mit den Grünen einen Politikwechsel herbeizuführen. Sie konnte ihren Stimmenanteil gegenüber 2009 von 25,4% auf 30,4% erhöhen. Und es ist auch durchaus möglich, daß sie gemeinsam mit den Grünen (10 Sit-

ze) und dem Südschleswigschen Wählerverband (3 Sitze), also mit insgesamt 35 Mandaten, in dem 69 Abgeordnete umfassenden Landtag noch die neue Regierung bilden.

Für Aufsehen sorgte, daß die FDP, die seit Anfang 2011 aus 6 Landtagen flog, mit 8,2% (2009 14,9%) und 6 Sitzen den Einzug in diesen Landtag schaffte. Das könnte eine positive Auswirkung auf die Wahl in Nordrhein- Westfalen haben. Eine schwarz- gelbe Landesregierung ist aber damit nicht zu bilden. Das halte ich für den größten Erfolg dieser Wahl.

Den Piraten gelang nach ihrem Einzug in die Parlamente von Berlin und dem Saarland zum dritten Mal die Überwindung der 5 Prozent- Hürde in einem Landesparlament. Sie konnten ihre Wählerstimmen von 30 000 auf fast 110 000 erhöhen und gewannen 6 Sitze. Da oft angenommen wird, diese Gewinne gehen vor allem auf Kosten der LINKEN, sollen hier einige Zahlen aufgeführt werden. So wanderten zu ihr jeweils 14 000 Wähler/innen der CDU und der FDP, 13 000 der Grünen und 10 000 der SPD, aber nur 6 000 der LINKEN. Dazu kamen etwa 11 000 aus dem Lager der Nichtwähler.

DIE LINKE, die 2009 6% der Stimmen und damit 6 Sitze gewann, ist mit den schon erwähnten 2,1% in Schleswig- Holstein von der fünftstärksten auf den siebstärksten Platz abgerutscht. Sie kam nicht nur im Land nicht über die 5% Hürde, sondern auch in keinem der 35 Wahlkreise. Das beste Ergebnis erreichte sie im Wahlkreis Kiel- Ost mit 4,4 %, das schlechteste in Südtondern mit 1,3%. Sie verlor gegenüber 2009 an alle Parteien, so 9 000 an die SPD und jeweils 3 000 an CDU und FDP. Dazu kommen die schon erwähnten Verluste an die Piraten. Besonders schwer aber wiegt, daß etwa 39 000 frühere Wähler nicht an der Wahl teilnahmen.

Diesem kurzen Überblick über die Wahlergebnisse sollen einige Überlegun-

gen folgen, wie es zu dieser für unsere Partei völlig neuen Situation kam. Der Parteivorsitzende Klaus Ernst nannte am Wahlabend und wiederholte auf der Pressekonferenz am Tag nach der Wahl die Tatsache, daß sich die Partei in zu starkem Maße mit sich selbst beschäftigt habe. Ich erinnere an die immer wieder von Gregor Gysi auf den Parteitage gestellte Forderung, diesen Zustand zu überwinden, was aber leider nicht gelungen ist. Eng verbunden damit waren die besonders auch in Schleswig- Holstein praktizierten Personaldebatten und Personenwechsel an der Parteispitze.

Ich stimme auch der Auffassung der Landesvorsitzenden Jannine Menger- Hamilton zu, die erklärte, daß die Partei nicht genügend vermitteln konnte, „warum sie als Opposition im Landtag überhaupt gebraucht werde“. Richtig ist wohl auch, wenn es heißt, es sei nicht gelungen, sich deutlich genug von der SPD abzusetzen. Und die erwähnte hohe Zahl der früheren Wähler/innen der LINKEN, die nicht wieder an der Wahl teilnahmen, ist doch ein Ausdruck dafür, daß sie sich nicht mehr von unserer Partei vertreten fühlen. Die Vertretung der Interessen der Bürger/innen, der eigenen Klientel – das habe ich in mehreren Artikeln in dieser Zeitung dargestellt – halte ich aber für die wichtigste Aufgabe einer, vor allem unserer Partei. Ich meine: Der bevorstehende Parteitag wird aus den Wahlen in Schleswig- Holstein und NRW die erforderlichen Schlußfolgerungen ziehen müssen. Und er sollte sich dabei auch von einem Satz von Dietmar Bartsch in seinem in Bernburg gehaltenen Vortrag leiten lassen: „DIE LINKE braucht einen neuen Aufbruch“.

Der 6. Mai war aber nicht nur der Tag einer für DIE LINKE in dieser Art noch nie da gewesenen Wahlniederlage, sondern er war auch ein Tag eines großartigen Erfolges zum Abschluß der Kommunalwahl in Thüringen.

weiter Seite 5

Linke Themen in der „Egelter- Mulde“ in den Vordergrund rücken

Klaus Magenheimer

Unmittelbar nach der Kreisdelegiertenkonferenz trafen sich die Mitglieder der Basisorganisation „Egelter - Mulde“ in Westeregeln zur Diskussion um ein abgestimmtes und koordiniertes Behandeln von linken Themen in der Verbandsgemeinde.

Gemeinsam mit Gästen vom Kreisvorstand unter ihnen das Mitglied des Landtages Sabine Dirlich, Kreistagsfraktionsvorsitzende, Jörg Lemmert, Wahlkreismitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Jan Korte und Ralf - Peter Schmidt, Vorsitzender der BO Staßfurt führten die Mitglieder der BO und Abgeordnete der „Egelter - Mulde“ eine freimütige Aussprache über das Wie des öffentlichen Auftre-

tens in ihren Kommunen. Auf den großen Stellenwert der gewählten Verbandsgemeinderatsmitglieder, Stadträte und Gemeinderäte in diesem Prozess verwies stellv. KV Klaus Magenheimer. Welche Möglichkeiten sie haben und wie sie diese nutzen, darüber informierten Ulrich Biermann, Walter Ziegler, Elfriede Göritz und Siegfried Gallinat an Hand von praktischen Beispielen ihrer Parlamentsarbeit. Im Gegensatz zur praktizierten Selbstmitleidung der anderen Ratskolleginnen und Ratskollegen haben sie Antworten zur Lösung der finanziellen Probleme der Gemeinden, machen sich Gedanken über eine erfolgreiche Bildungsgestaltung und die erforderliche und auch machbare Unterstützung z. B. der einzelnen Feuer-

wehren in den Orten.

Nicht ausgeklammert wurde in der Aussprache der eigene Standpunkt zur anstehenden Diätenerhöhung der Abgeordneten des Landtages und demgegenüber die nicht ausreichende Finanzausstattung der Kommunen durch das Land. Ein Ausdruck hierfür sind die ständigen Anträge zu erneuten Stundungen der Zahlung der Kreisumlagen. Am späten Freitagabend, nach mehr als zwei Stunden reger Diskussion, waren sich alle Anwesenden einig, zu dieser Form der inhaltlichen Arbeit muss man sich, trotz vielfältiger anderer Verpflichtungen, regelmäßig treffen. Die anstehenden Fragen in dieser Verbandsgemeinde benötigen die basisdemokratische Beratung und Abstimmung. Nichts lässt sich im Alleingang bewältigen

Fortsetzung von Seite 4

Bei der erforderlich gewordenen Stichwahl um sechs Landrats- und Oberbürgermeisterämter in kreisfreien Städten hatten vier Kandidatinnen unserer Partei dieses Ziel erreicht – und sie setzten sich auch alle durch: Petra Enders im Ilmkreis, Birgit Keller in Nordhausen und Michaela Soika im Altenburger Land. In Eisenach gewann Katja Wolf gegen den Kandidaten der CDU. Ich halte es für einen großartigen Erfolg, wenn unsere Partei um zehn zu besetzende Funktionen auf dieser Ebene vier gewinnt.

Eine Stichwahl war aber auch in 24 Kommunen auf Stadt- bzw. Gemeindeebene erforderlich geworden, wo jedoch das Ergebnis für uns jedoch nicht ganz so hervorragend war. Mit Claudia Niesen in Kahla, Frank Fiebig in Gräfenroda und

Karl Koch in Brotterode/ Trusetal wurden aber drei Bürgermeister/innen der LINKEN gewählt oder in ihrem Amt bestätigt. Dazu kommt, daß Ralf Haubold in Sömmerda, Marianne Reichelt in Neuhaus/ Rennweg und Frank Persike bereits im 1. Wahlgang am 22. April in dieses Amt gewählt wurden.

Das Ergebnis der Wahl am 6. Mai ist zu einem großen Teil darauf zurückzuführen, daß DIE LINKE und die SPD nach dem 1. Wahlgang vereinbart hatten, in der Stichwahl gegenseitig ihre aussichtsreichsten Kandidaten zu unterstützen, was für Thüringen etwas völlig Neues war. Als Beispiel dafür, daß dieses Abkommen auch für die SPD Vorteile brachte, verdient hervorgehoben zu werden: Die CDU verlor zwei Landratsämter an die SPD, und diese konnte ihre Ober-

bürgermeisterposten in den kreisfreien Städten Jena und Weimar verteidigen. Beide Parteien sollten erkennen, daß ein solches Vorgehen auch bei den Kommunalwahlen in anderen Ländern angebracht wäre.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Erklärung der gewählten Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister vom 9. Mai verweisen. Es heißt darin: „Unsere Wahl ist ein Erfolg für unsere Partei als linke Volkspartei und die Anerkennung für langjährige erfolgreiche Arbeit vor Ort. Wir wollen, daß dieser politische Kurs verstärkt wird und unterstützen deshalb die Kandidatur von Dietmar Bartsch als Parteivorsitzender“. Ich wiederhole deshalb noch einmal den zum Abschluß des 1. Teils dieses Artikels zitierten Satz: „DIE LINKE braucht einen neuen Aufbruch“.

Alles Gute zum 80. „Friwi“!

Bereits im April beging unser stellvertretender Kreisvorsitzender Friedrich Schütz seinen 80. Geburtstag. Wir wollen an dieser Stelle noch einmal einen besonderen Geburtstagsgruß an Friedrich richten.

Friedrich war von Anfang an ein wichtiger Mitstreiter in der PDS, damals im Kreis Bernburg und heute in der LINKEN des Salzlandkreises. Als

langjähriger stellvertretender Kreisvorsitzender lag und liegt ihm die politische Bildung besonders am Herzen. Ausdruck dafür ist sein Engagement in den entsprechenden Gremien auf Landes- und Bundesebene und natürlich seine zahlreichen Bildungsveranstaltungen bei uns im Kreis. Darüber hinaus stand und steht die Kreiszeitung im Mittelpunkt seiner Parteiarbeit. Vor fast 20 Jahren brachte er die erste Aus-

gabe der Bernburger Linken Zeitung heraus. Mittlerweile ist er auch schon viele Jahre Chefredakteur unserer LINKEN Zeitung.

Wir wollen dieses besondere Jubiläum zum Anlass nehmen, uns bei Friedrich für sein herausragendes Engagement zu bedanken und ihm auch für die Zukunft viel Gesundheit und Schaffenskraft für viele weitere Ausgaben der DLZ zu wünschen. Alles Gute „Friwi“!
Die Redaktion

Die LINKE am 1. Mai im Salzlandkreis dabei

Lothar Boese

Auch in diesem Jahr hat DIE LINKE im Salzlandkreis am Maifeiertag mit eigenen öffentlichen Veranstaltungen oder als Mitveranstalterin von Kundgebungen der Gewerkschaften wieder politisch Flagge gezeigt. Neben der traditionsreichen, durch DIE LINKE veranstalteten Maifeier auf dem Bierer Berg in Schönebeck war DIE LINKE auch in Aschersleben, Bernburg, Staßfurt und Könnern in der Öffentlichkeit präsent.

In Aschersleben fand die Kundgebung des DGB unter Beteiligung von Einzelgewerkschaften, Parteien und Vereinen ab 10 Uhr auf dem Markt statt. Oberbürgermeister Michelmann (parteilos) sprach ein Grußwort. Die Hauptrede hielt Jörg Lauenroth-Mago von ver.di. Er sprach sich für ein soziales, solidarisches und demokratisches Europa aus und mahnte faire Löhne und einen gesetzlichen Mindestlohn an. SPD, LINKE, CDU und KPD waren mit Infoständen vertreten. Im weiteren Verlauf wurde die Kundgebung durch einen überfallartigen Aufmarsch von etwa 30 offensichtlich der rechten Szene zuzuordnenden Personen gestört. Durch das beherzte Eingreifen einiger Kundgebungsteilnehmer konnte dem Spuk aber schnell ein Ende gemacht werden. Der Tag klang dann am Abend im Besthornhaus mit dem aktuellen Kabarettprogramm „Kapitalation“ der Hengstmann-Brüder aktuell, temporeich, amüsant und bissig aus.



Zum 1. Mai
DIE LINKE in
Staßfurt

Foto: privat

In Bernburg fand die Maikundgebung unter Regie des DGB wieder auf dem Karlsplatz statt. LINKE und SPD waren Mitveranstalter und präsentierten sich neben IG BAU, ver.di, IG BCE, KPD und der Bernburger Linksjugend mit Infoständen. Positiv ist zu vermerken, dass die IG BCE, die viele Jahre eine separate Veranstaltung in Form eines Gartenfestes gemacht hatte, nun wieder bei der gemeinsamen Kundgebung dabei war. Der Bernburger Spielmannszug sorgte noch vor Beginn für die Aufmunterung der Teilnehmer. Nach Eröffnung und Begrüßung durch den amtierenden DGB-Kreisvorsitzenden Frank Berger und nach Grußworten seitens der LINKEN und der SPD hielt Erhard Kopitz, Bezirksleiter der IG BCE, die Ansprache. Der Redner beklagte die verfehlte Politik der Regierungsparteien hinsichtlich Mindestlohn, der Hartz-Gesetze, Leiharbeit, Rente mit 67, der sogenannten Gesundheitsreform sowie der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise und rief die abhängig Beschäftigten zum Widerstand auf. Das anschließende Kultur- und Familienprogramm wurde durch das Duo „Echo“ und die Ölfass-trommelgruppe „Takt!Los!“ aus Halle gestaltet. Die Bernburger LINKE hatte die Hüpfburg beigesteuert, die von vielen

Kindern ausgiebig genutzt wurde.

In Staßfurt fand keine Gewerkschaftskundgebung statt. Stattdessen lud die Basisorganisation der LINKEN unter dem Thema „... im Dialog bleiben“ zum öffentlichen Politstammtisch in die Gaststätte „Am Löderburger See“ nach Löderburg ein. Parallel war DIE LINKE als einzige Partei auf dem Staßfurter Altstadtfest den ganzen Tag über mit einem Infostand präsent. Die gesprächsbereiten Stadt- und Ortschaftsräte ernteten viel positives Echo. Es wird in Staßfurt von den Bürgern anerkannt, dass die Partei nicht nur vor Wahlen auf der Straße Präsenz zeigt.

Auch in Könnern fand nun zum wiederholten Mal eine Gewerkschaftskundgebung auf dem Platz des Friedens statt, die von der örtlichen LINKEN aktiv unterstützt wurde. Ansprachen wurden von einer Rednerin der IG Metall aus Schönebeck und von Martina Schaar, Mitglied des Ortsvorstands der LINKEN und des Könnerner Stadtrats und des Kreistags, gehalten. Für die musikalische Untermalung sorgte die Blaskapelle „Melonas“ aus Ostrau. Die LINKE hatte sich im Vorfeld um die Werbung und im Anschluss an die Kundgebung um die Kinderbetreuung gekümmert.



1. Mai in Bernburg
Foto: privat

Maifeier der LINKEN auf dem Bierer Berg

Christa Beier

Es ist bereits zu einer guten Tradition geworden, gemeinsam mit GenossInnen, Freunden und Gästen den 1. Mai auf dem Bierer Berg zu feiern. Veranstalter war auch diesmal der Ortsvorstand der LINKEN. Weiterhin waren die IG Metall, die IG BAU, der DGB und der Autoclub Europa vertreten. Die stellvertretende Ortsvorsitzende Ina Köhnkow hatte dank ihrer guten Kontakte ein sehr abwechslungsreiches und interessantes Programm mit Musik, Talk, Sport und Unterhaltung zusammengestellt. Auf einem großen Plakat war ersichtlich, wofür DIE LINKE steht, u.a. für das Recht auf existenzsichernde Arbeit, für eine armutsfeste Grundsicherung, für eine solidarische Gesundheitsversicherung, für gute gebührenfreie Bildung von der Krippe an, für Frieden und Abrüstung und das sofortige Ende der Bundeswehrkampfeinsätze.

Mit einem Lied, begleitet von der Band Schema F, eröffnete die Landtagsabgeordnete Sabine Dirlich die Veranstaltung, begrüßte alle Teilnehmer/innen und Akteur/innen und führte souverän und humorvoll durch das Programm. Neben der bereits erwähnten Band Schema F traten auch die Crazy- Sunny -und Sweet- Girls auf sowie die Turnerriege aus Atzendorf. Sie riefen wie in allen Jahren Begeiste-



Buntes Programm beim 1. Mai auf dem Bierer Berg

(Foto: privat)

rung hervor. Erstmals wurde auch ein Jongleur engagiert, der ebenfalls gut ankam. Die Anzahl der Gäste wechselte. Zu einigen Programmpunkten waren ca. 300 Personen anwesend. Es kann eingeschätzt werden, dass ca. 1000 Personen an der Maifeier teilnahmen. Da die Maiveranstaltung auch im Kreisvorstand und in dieser Zeitung angekündigt war, besuchten auch GenossInnen und Gäste aus den anderen Bereichen unseres Landkreises die Veranstaltung, so auch unser Kreisvorsitzender Lothar Boese. Unsere Bundestagsabgeordnete Dr. Rosemarie Hein war ebenfalls anwesend und sprach zu den Gästen über die Schwerpunkte der Arbeit unserer Bundestagsfraktion. Sie stellte sich auch den Fragen der Teilnehmer/innen und erwähnte, dass sie regelmäßig ihre Bürgersprechstunde im Büro von Sabine Dirlich durchführt.

Wie in jedem Jahr war auch ein Informationsstand aufgebaut, der von mir betreut wurde. Hier entspannten sich viele interessante Gespräche mit GenossInnen, ehemaligen ArbeitskollegInnen, Bekannten und BürgerInnen. Grundtenor war, dass unsere Ziele gut und richtig sind, sie aber in der Öffentlichkeit mehr propagiert werden müssen.

Da die Gewerkschaften vertreten waren, gaben wir Brigitte Langguth von der IG Metall die Möglichkeit, über die Fragen Mindestlohn, Leiharbeit und Arbeitskämpfe für Lohngerechtigkeit zu sprechen.

Es wurde auch wieder ein Quiz durchgeführt, diesmal mit Fragen zum Rechtsextremismus. Gewonnen hatte das Quiz Herr Mathias Wiese, der auch oft an unseren Bildungsveranstaltungen teilnimmt. Als Preise für das Quiz gab es Fair-trade-Produkte, die auch an einem Stand verkauft wurden.

Der Bundstagsabgeordnete Roland Claus war nach seinem Besuch im eigenen Wahlkreis auch wieder erschienen, ergötzte sich an dem schönen Programm und führte Gespräche mit ehemaligen Mitstreiter/innen. Sabine Dirlich beendete die Veranstaltung, bedankte sich bei den Organisator/innen, Akteur/innen und Gästen und wünschte allen viel Erfolg im persönlichen und gesellschaftlichen Leben.

Christa Beier ist stellvertretende Kreisvorsitzende und Vorsitzende des Ortsverbandes Schönebeck



MdL Sabine Dierlich führte durch das Programm (Foto: privat)

Kreisdelegiertenkonferenz wählte Delegierte zum 3. Parteitag

Ralf-Peter Schmidt

Zu ihrer 8. Kreisdelegiertenversammlung kam DIE LINKE Salzlandkreis am Sonnabend, dem 14.04.2012, in der Vereinsgaststätte des Schönebecker Sportvereins 1861 zusammen. Die gastgebende stellvertretende Vorsitzende der LINKEN Schönebeck, Christa Beier, konnte dort 54 Delegierte und einige Gäste begrüßen. Auf der Tagesordnung standen eine Rede des Kreisvorsitzenden, der Finanzbericht der Kreisschatzmeisterin und eine Rede der Fraktionsvorsitzenden im Kreistag. Vor allem aber war es Auftrag der Konferenz, die Delegierten zum 3. Bundesparteitag zu wählen.

Im ersten Tagesordnungspunkt machte der Kreisvorsitzende Dr. Lothar Boese einige Ausführungen zur Situation der LINKEN vor 2 weiteren Landtagswahlen und dem Göttinger Parteitag. Er schätzte ein, dass DIE LINKE vor Ort im Kreis kommunalpolitisch gut aufgestellt sei und bereits jetzt beginnen sollte, die Bundestagswahl 2013 und die Kommunalwahlen 2014 inhaltlich und personell vorzubereiten. „Gemeinsam müssen wir DIE LINKE weiterhin zu einer offenen und diskussionsfreudigen Partei machen“, fügte der Redner mit Blick auf die Organisation der Wahlerfolge hinzu. Mit Rückblick auf die Klinikdebatte der letzten 2 Jahre stellte er klar, dass DIE LINKE auch weiterhin für kommunales und damit öffentliches Eigentum streiten werde, dies nicht nur beim Thema Gesundheit, sondern auch bei Wasser, Abwasser, Energie und Einrichtungen der kulturellen und sozialen Daseinsfürsorge. DIE LINKE sei die einzige Friedenspartei, trete konsequent gegen die Hartz-Gesetze auf und fordere die Umkehr der sogenannten Rentenreformen – führte der Redner aus. Mit diesem sozialpolitisch-konzeptionellen Anspruch kann und will DIE LINKE auch weiterhin von sich überzeugen.

Dies ist auch nötig, hörte man in den Worten der Kreisschatzmeisterin Petra Giest aus Bernburg zum Stand der Mitgliederentwicklung. Sie konnte Neueintritte benennen, aber die Demographie



Wolfgang Menzel bei der Kreisdelegiertenkonferenz in Schönebeck

(Foto: privat)

spiegle sich auch in den Mitgliederzahlen der LINKEN wieder. Erfreulicher war da der Finanzbericht des Kreisverbandes, der sich über Spenden und Beiträge positiv entwickelt hat.

Die Vorsitzende der Fraktion der LINKEN im Kreistag, Sabine Dirlich, zog über die bisherige Arbeit der Fraktion Bilanz. Sie schätzte ein, dass sich ihre Fraktion wichtigen Themen wie Abfallbeseitigung, Klinikergänzung im Bürgerdialog stets gestellt habe und die Themen der Menschen aufgriff. Stichpunkte waren hier u.a. das Thema Freitische, die Veröffentlichung der KdU-Richtlinie (Kosten der Unterkunft) oder aber klare Positionen zur Haushaltsdebatte. Sie schätzte für ihre Fraktion ein, dass die Fraktion eine gute Arbeit leiste, aber sicher noch mehr eigene linke Akzente setzen muss, die auch in der öffentlichen Wahrnehmung ankommen.

In der anschließenden Diskussion, in der sich viele Rednerinnen und Redner zu Wort meldeten, gab es viel Solidarisches, aber auch neue Impulse in Richtung Kreisvorstand und Fraktion zu hören. So sparte Christian Jethon aus Nienburg nicht mit Kritik an Landrat Gerstner bei der Erledigung der sozialen Aufgaben im Kreis. Ralf-P. Schmidt aus Staßfurt forderte die Partei zur weiteren inhaltlichen und methodischen Erneuerung auf, um die Aufgaben der Zukunft zu stemmen. Dazu zählt für ihn auch eine fortwährende Schulung der Mandatsträ-

ger. Wolfgang Menzel aus Aschersleben positionierte sich für DIE LINKE klar gegen prekäre Beschäftigung und erteilte damit dem Fortbestand der Leiharbeit eine klare Absage. Tobias Pochanke aus Amesdorf berichtete von seinen Erfahrungen mit der Eingemeindung nach Güsten und forderte die Gesamtpartei auf, sich mit Amesdorf solidarisch zu zeigen und rechtliche Möglichkeiten der Einhaltung der Eingemeindungsverträge zu prüfen. Auch Bianca Görke aus Staßfurt sensibilisierte ihre Partei, den Menschen vor Ort zuzuhören und hieraus die politischen Aktivitäten abzuleiten. Regina Koblischke stellte die Arbeit der LINKEN Stadtratsfraktion in Aschersleben vor und ihr „Freiluftbüro“, um mit Bürgern in Kontakt zu treten.

Nach belebter Diskussion konnten sich die Teilnehmer/innen der Versammlung nun ihren Wahlaufgaben widmen. Sabine Dirlich und Lothar Boese wurden als Delegierte des Kreisverbandes Salzlandkreis für den 3. Bundesparteitag gewählt. Bianca Görke und Tobias Pochanke sind Ersatzdelegierte.

Insgesamt war diese Kreisdelegiertenversammlung von viel Solidarität und Geschlossenheit geprägt, denn nur so kann DIE LINKE in bewährter Weise von sich überzeugen und in die anstehenden Wahlkämpfe in 2013 und 2014 starten.

Ralf-Peter Schmidt ist Vorsitzender der BO Staßfurt

Von der Stadtratssitzung in Staßfurt

Klaus Magenheimer

Mit drei rechtzeitig übergebenen Sachanträgen erwartete unsere Linksfraktion vom Oberbürgermeister im Stadtrat Antwort auf nicht nur uns interessierende Fragen.

Der erste Antrag wurde realisiert durch den Wirtschaftsförderer der Stadt Herrn Schüler, der eine umfangreiche Information zu den bisherigen Ergebnissen der Wirtschaftsförderung gab und Erfahrungen bei der Ansiedlung von Industrie und Gewerbe öffentlich darstellte. An praktischen Beispielen schilderte er die aufgebrachte behördliche Unterstützung bei der Lösung der notwendigen und oft sehr umfangreichen bürokratischen Wege. Leider führten nicht alle Aufwendungen zu erfolgreicher Ansiedlung, Schaffung von neuen erforderlichen Arbeitsplätzen und somit erhsehnter Wirtschaftskraft. Mit neuen eingeschlagenen Wegen der Information zu beruflichen Perspektiven junger Menschen in Staßfurt soll dem zunehmenden Bedarf in der zukunftsfähigen Berufsausbildung begegnet werden.

Zur Beantwortung der zwei weiteren Fragen zur Entwicklung des Steueraufkommens der Stadt und der geologischen Situation unter unserer Stadt wird jedoch noch umfangreiches Material zusammengetragen und sind noch Abstimmungen mit entsprechenden Partnern notwendig. So versprach der Oberbürgermeister in seiner obligatorischen Informationsdarstellung, in den künftigen Stadtratssitzungen den Stadtrat umfangreich zu informieren.

Spannend und von großem öffentlichem Interesse war der Umgang der Mitglieder des Stadtrates mit einem relativ jungen Beschlussvorschlag. Auf Anraten des Landkreises sollte die Stadt mit dem Landkreis als gemeinsame Schulträger im Bildungszentrum Nord, um die Aufnahme in die Prioritätenliste des Landkreises kämpfen. Mit dieser Vorgehensweise sollte es dann auch möglich werden, in der entsprechenden Förderperiode (2012 – 2014) die dringend benötigte 3 Feldersporthalle als Ersatzbau für die Paul Merkewitz - Halle gefördert

zu bekommen. In namentlicher Abstimmung wurde mit deutlicher Mehrheit beschlossen, vom bisherigen Vorschlagsstandort an der Uhlandschule Abstand zu nehmen und auf eigenem Grund und Boden ohne Schadstoffbelastung und mit ausreichendem Parkplatzangebot am Schulstandort Nord bauen zu wollen. Berechtigt bemängelt wurde von einigen Stadträten, dass es einfach nicht gelingt, das unmittelbare Stadtzentrum mit einer anspruchsvollen Baumaßnahme aufzuwerten. Durch die Baumaßnahme am anderen Stadtrandgebiet wird wiederum ein großes innerstädtisches Verkehrsaufkommen erzeugt.

Mit weiteren Sachanträgen will die Fraktion auch in Zukunft die Verwaltung bewegen, anstehende Aufgaben öffentlich zu machen und zu beraten. Für Vorschläge aus unserer Leserschaft sind wir dabei ebenfalls dankbar.

Klaus Magenheimer ist Fraktionsvorsitzender im Staßfurter Stadtrat

Aus dem Stadtrat Bernburg (Saale)

Udo Riedel

Auch wenn es gerade in letzter Zeit für DIE LINKE weitaus wichtigere Fragen und Probleme gibt, so gehört die kommunale Alltagsarbeit der LINKEN vor Ort doch trotzdem zu den ganz entscheidenden Dingen, welche auch über Erfolg oder Misserfolg bei den nächsten Wahlen auf anderen Ebenen mitentscheiden können. Deshalb soll über die eher unspektakuläre Stadtratssitzung vom 12. April berichtet werden.

Einer der für unsere Bürger mit am relevantesten Tagesordnungspunkte war der „Beschluss über die Aufstellung der Satzung für Werbeanlagen, Vorgärten und Solaranlagen der Stadt Bernburg (Saale)“. Diese Satzung soll insbesondere dem Schutz des historischen Stadtbildes dienen. Der Geltungsbereich umfasst insbesondere den Altstadtbereich bis hinunter zur Bahnhofstraße. Wichtig hier sind

auf jeden Fall die Aussagen zu den Solaranlagen, welche es erst einmal grundsätzlich erlauben, solche Anlagen auch auf Dächern im Innenstadtbereich zu installieren.

Dieses muss man auch unter dem Aspekt sehen, dass gerade in der letzten Zeit eine ganze Reihe von Beschlüssen im Stadtrat gefasst wurden, welche große Solarparks im Stadtgebiet (meistens in den Randlagen) möglich machen sollen. Zwei größere Anlagen, errichtet und betrieben durch eine Tochtergesellschaft der Bernburger Stadtwerke, sind ja bereits im Einsatz. Für uns als Fraktion sind diese Beschlüsse insofern sehr wichtig, da wir es eigentlich befürworten, wenn möglichst viele Dachflächen für die Energiegewinnung genutzt werden könnten und genutzt würden. Damit könnte zum einen, den erneuerbaren Energien weiter Vorschub geleistet werden

und damit die Kosten dieser Form der Energiegewinnung weiter gesenkt und die Strompreisentwicklung gebremst werden. Zum zweiten könnte damit auch die weitere Versiegelung von Flächen durch große Solarparks ein Stück weit Einhalt geboten werden.

Es ist sicher nicht immer einfach, zwischen diesen beiden Entwicklungen einen vernünftigen Kompromissweg zu finden, aber wir müssen es auch kommunal versuchen. Ein Hin zur schrittweisen Ablösung der konventionellen Energieträger ist für die Erhaltung einer lebenswerten Umwelt für uns und die Folgegenerationen unbedingt notwendig und beginnt schon hier vor unserer Haustür!

Udo Riedel ist Fraktionsvorsitzender im Bernburger Stadtrat

DIE LINKE setzt sich im Stadtrat Güsten für das Baden im Kiesschacht ein

Lars Lehmann

Die Fraktion der LINKEN brachte im Güstener Stadtrat einen Antrag zur Prüfung der Möglichkeiten der Öffnung des „Kiesschachtes“, welches im Jahr 2011 in Hans-Weniger-Sportstätte umbenannt wurde, ein. Mit diesem Antrag zielen wir als Fraktion darauf ab, dass die Verwaltung unter Berücksichtigung der aktuellen Forderungen an Badeeinrichtungen beauftragt wird zu prüfen, welche Bedingungen geschaffen werden müssen, um den Kiesschacht wieder für die Badenutzung durch die Öffentlichkeit zugänglich machen zu können und welche Kosten damit verbunden sind bzw. welcher Eintrittspreis letztendlich für die Nutzer entstehen würde. Dieser Eintrittspreis muss allerdings auch so bemessen sein, dass das Konzept langfristig tragfähig ist und kein Zuschussgeschäft für die Stadt wird. Begünstigt wird der aktuelle Vorstoß unserer Fraktion dadurch, dass

infolge eines Einbruches im Stadion, der zweiten Sportstätte der Stadt Güsten, derzeit darüber nachgedacht wird, dieses weniger zu nutzen und nur noch im „Erhaltungsbetrieb“ zu betreiben. Somit würde sich in der Hans-Weniger-Sportstätte eine Ballung der Freizeitgestaltung innerhalb der Stadt Güsten ergeben.

Hintergrund der bereits mehrere Jahre dauernden Bemühungen unserer Fraktion, welche die Wiederinbetriebnahme des Kiesschachtes immer im Programm hätte, ist der Aspekt, dass zwar inzwischen innerhalb der Verbandsgemeinde Saale-Wipper ein Freibad in Alsleben existiert, aber einerseits die Anbindung nach Alsleben aus Richtung Güsten mit öffentlichen Verkehrsmitteln schlecht ist und zudem der Fahrpreis die Kosten für das Baden hier schon erheblich erhöhen würde. Der Kiesschacht wurde bereits

zu DDR-Zeiten für den Badebetrieb genutzt. Neben diesem gab es in Güsten auch noch ein künstliches Freibad im Stadion. Dort befindet sich inzwischen der Schießstand des örtlichen Schützenvereins.

Die Fraktion ist der Meinung, dass bei Aufstellung eines tragfähigen Konzeptes durch die Verwaltung ein Betrieb des Kiesschachtes möglich ist und somit die Stadt Güsten als größter Ort der Verbandsgemeinde auch ein Stück Lebensqualität für seine Bewohner gewinnen kann. Auch aus dem Ortsteil Amesdorf mit Warmsdorf sowie aus Rathmannsdorf und Neundorf ist der Kiesschacht über Radwege innerhalb einer viertel Stunde gut zu erreichen.

Lars Lehmann ist Mitglied im Stadtrat Güsten

Kommunaltour im Raum Staßfurt

Jana Lankau und Ina Köhnkow

Kommunaltour ist, wenn größere Gruppen von Abgeordneten und Mitarbeiter/innen der Landtagsfraktion der LINKEN ausschwärmen, durch das Land reisen und an verschiedensten Orten mit Akteur/innen in Vereinen, Verbänden und Einrichtungen ins Gespräch kommen. Inhalt der Gespräche: Welche Auswirkungen hat die Landespolitik, was läuft gut, wo gibt es Verbesserungsvorschläge und was geht gar nicht?

Im Salzlandkreis waren am 7. Mai die zuständigen Wahlkreisabgeordneten Birke Bull und Sabine Dirlich gemeinsam mit dem Fraktionsvorsitzenden Wulf Gallert und einigen Fraktionsmitarbeiter/innen im Bereich Staßfurt unterwegs. Sie besuchten das Schloss Hohenerxleben, trafen sich mit Vertretern des Stadt- und Kreisseniorerates und mit der Feuerwehr Staßfurt.

In Hohenerxleben überzeugten sie sich vom Engagement der Bewohner/innen des Schlosses, die das alte Gemäuer seit 14 Jahren liebevoll restaurieren und



Begrüßung vorm Schloß Hohenerxleben

(Foto: privat)

mit (kulturellem) Leben füllen. Das Theatrum Schloss Hohenerxleben begeisterte schon viele Besucher/innen und hat sich über die Grenzen Sachsen-Anhalts hinaus einen guten Namen erspielt. Die Theatergruppe reist zu Gastspielen inzwischen durch die ganze Republik und bietet „nebenbei“ sehr erfolgreich Schülertheaterprojekte an. Neben den dort arbeitenden Zirkeln (Musik, Malerei, Schauspielerei, Kunstwerkstatt) bietet das Schloss wunderschöne Gästezim-

mer und eine hervorragende Küche. Das Wohlfühlen wird komplettiert durch einen originellen Gesundheitsbereich und das Samadhi-Bad, in dem Mensch quasi auf dem Wasser schwebt. Es sind Idealisten, die sich in dem Ort an der Bode niedergelassen haben und die versuchen, jedem Gast mit einer besonderen, wertschätzenden Offenheit entgegen zu treten. Sie unterscheiden sich vom „normalen Dasein“,
weiter Seite 10

Gedanken nach einem Vortrag zum Thema Rechtsextremismus

Am 26. 4. 2012 hatte die Frauengemeinschaft LISA Aschersleben eine Fachjournalistin zu einem Vortrag eingeladen, eine kompetente Frau auf dem Gebiet des Rechtsextremismus. Was die Anwesenden in Wort und Bild zu hören und zu sehen bekamen, entlockte so mancher/manchem Töne des Entsetzens. Die Parolen einiger rechter Parteien, wie z.B. der NPD, sind ja oberflächlich bekannt, aber die Vielzahl weiterer Organisationen und Kameradschaften, wie z.B. die „Gemeinschaft der Frauen“ (GDF) oder „Heimattreue Deutschen Jugend“ (HDJ), um nur zwei zu nennen, machte deutlich, dass wir ein gesellschaftliches Problem haben. Und das nicht erst seit gestern.

Alte Nazis, wie zum Beispiel die Tochter Heinrich Himmlers (Reichsführer SS und entscheidender Organisator der Vernichtung der Juden – „Endlösung“), können vor neuen Anhängern auftreten. Die Ideologie des „Dritten Reiches“ ist im Wesentlichen Grundlage des Denkens

und Handelns rechter extremer und gewaltbereiter Gruppen. Und das nicht nur in Deutschland! Ihre Aktivitäten richten sich gegen ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger, Menschen mit Behinderungen, Obdachlose, Homosexuelle, Andersdenkende wie z.B. Antifaschisten und auch gegen Menschen anderer Hautfarbe. Diese entsprechen nicht ihrer Vorstellung von einer „reinen Rasse“. Ihre Anhänger gewinnen sie u.a. über Musik, Kleidung, Sport, Cliques, Lebensstil und das Internet. Erlebnisorientierte Veranstaltungen sollen die Zusammengehörigkeit schmieden. „Germanisches Brauchtum“, „Völkische Siedler“ in Mecklenburg, Immobilienkäufe für ihre Projekte und Schulungen, eigene Rechtsanwältinnen, entsprechende Kindererziehung und, und, und; alles das gehört dazu.

Besonders empfänglich für das braune Gedankengut sind junge Menschen aus sozial benachteiligten Familien, aber nicht nur!!! Seit 1990 bis 2009 sind laut „Zeit“ und „Tagesspie-

gel“ 137 Tote in Deutschland durch rechte Gewalt zu beklagen.

Für viele Anwesende war völlig überraschend, dass eine Zunahme des Frauenanteils in der Neonaziszene zu beobachten ist, zwar nicht in führenden Positionen, aber zum Beispiel in kommunalen Parlamenten. Dort versuchen sie wie die „nette Frau von nebenan“ Einfluss auszuüben.

Was lehrte uns dieser Vortrag? Für mich ist von großer Bedeutung, die Demokratie zu stärken und insbesondere, was die Erziehung der Jugend betrifft, die Entwicklung demokratischer und integrierender Schulkulturen zu fördern. Denn Kinder, die darin groß geworden sind, haben vermutlich keinen gesteigerten Bedarf an neuen „Führern“ und an Unterordnung.

Unser Dank und unsere Hochachtung gilt der mutigen Journalistin für ihre sehr aufschlussreichen Recherchen.

Der Name der Autorin ist der Redaktion bekannt

Fortsetzung von Seite 10:

leben und arbeiten alternativ. Beim Gespräch mit dem Stadt- und Kreisseniorenrat und der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt ging es um Fragen der Organisation von Ehrenamt. Wie in fast allen anderen Bereichen haben auch die Seniorenräte Probleme, Mitglieder zu finden, die sich engagieren. Die Bereitschaft, für andere etwas zu tun, ist nicht mehr flächendeckend vorhanden. Das hat mit gesellschaftlichen Brüchen und damit verbundenen Enttäuschungen zu tun, aber auch damit, dass die soziokulturelle Struktur in den Orten durch Abwanderung nicht mehr stimmig ist. Konkrete Probleme sehen die Räte darin, dass besonders in den ländlichen Räumen die Infrastruktur ausgedünnt ist und der Nahverkehr nicht in ausreichendem Maße dafür sorgt, dass alle, egal wo sie wohnen, am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Ein weiteres Problem ergibt sich, wenn für die ehrenamtliche Arbeit keine kostenlosen Räume mehr

zur Verfügung gestellt werden. Da müssen mit den Stadt- und Ortschaftsräten Vereinbarungen gefunden werden und nicht nur für diese Verhandlungen halten die Seniorenräte eine enge Zusammenarbeit mit anderen Vereinen für notwendig.

Bei der Feuerwehr Staßfurt ging es um die Ausstattung der Ortsfeuerwehren. Auch bei diesem Gespräch spielte die Attraktivität des Ehrenamtes eine große Rolle. Bei den Überlegungen zur Zusammenlegung von kleineren Ortsfeuerwehren muss die Einhaltung der Hilfsfrist genauso im Auge behalten werden wie die Tatsache, dass die Finanzen sowohl in den Kommunen als auch im Land bereits überstrapaziert sind. Einig waren sich alle Gesprächsteilnehmer/innen, dass die Nachwuchsgewinnung existenziell wichtig ist und eine gute und engagierte Arbeit in den Kinder- und Jugendfeuerwehren erfordert. Wulf Gallert erläuterte einen Antrag unserer Fraktion zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit der

Feuerwehren in Sachsen-Anhalt, der im April in den Landtag eingebracht wurde und der alle angesprochenen Punkte berührte.

Fazit: Wie in jedem Jahr war es gewinnbringend, politische Ansätze auf Realitätsnähe zu testen. Man ist am Nachmittag stets klüger als zu Beginn des Tages.

Die Autorinnen sind Wahlkreismitarbeiterinnen von Birke Bull und Sabine Dirlich

Kreisvorstand und Redaktion
gratulieren im
Mai
recht herzlich

Zum 90. Geburtstag
Rosemarie Bringezu
Hans Joachim Göllner

Zum 89. Geburtstag
Anneliese Friedrich

Zum 88. Geburtstag
Werner Helge
Rudi Zinnick

Zum 87. Geburtstag
Elly Richter

Zum 86. Geburtstag
Ruth Jobs

Zum 85. Geburtstag
Edgar Strauß

Zum 84. Geburtstag
Frieda Wunderling

Zum 83. Geburtstag
Fritz Köppel
Manfred Tischer
Waltraud Wohlgemuth
Hanna Zufelde

Zum 82. Geburtstag
Charlotte Dreischarf

Zum 81. Geburtstag
Kurt Wartmann

Zum 80. Geburtstag
Lieselotte Röhrreich
Hans Wrkoslav



Weitere Geburtstage

Zum 75. Geburtstag
Heinz Schönfelder
Inge Werner

Wir gratulieren auch allen
anderen Mitgliedern unseres
Kreisverbandes, die im Mai
Geburtstag haben

Hibakusha - Reise auf die Insel des Glücks - ein Jahr nach Fukushima

Film & Diskussion
Termin: 1. Juni 2012
Ort: Staßfurt; Stadt- und Bergbau-
museum Staßfurt; Pestalozzistraße
6
Veranstalter: DIE LINKE. Staßfurt &
MdB Jan Korte

Zum Familientag in Staßfurt

lädt am Sonnabend, dem 02 Juni,
DIE LINKE in das Dorfgemeinschafts-
haus nach Athensleben ein
Treffpunkt um 9.30 am Neumarkt in
Staßfurt

In eigener Sache

**Zur Aufrechterhaltung der Erstel-
lung unserer kleinen Zeitung
suchen wir dringend
eine(n) Mitarbeiter(In). Ein mo-
dernes Layout-Programm ist
vorhanden, Einarbeitung ist
möglich.**

Die Redaktion

Einsendeschluss für die nächste
DLZ ist der 04. Juni 2012 und
Redaktionsschluss war der 07. Mai
2012

Nachruf

In stiller Anteilnahme

Gertrud Ihlau

BO Schönebeck
Kreisvorstand



Nachruf

In stillem Gedenken

Valeria Sawallisch

BO Aschersleben 5
Kreisvorstand



Nachruf

In stillem Gedenken

Rudi Simon

BO Schönebeck
Kreisvorstand



Nachruf

In stiller Anteilnahme

Margarete Hüttmann

BO Staßfurt
Kreisvorstand



DIE LINKE ZEITUNG

Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE.

Salzlandkreis

Tel.: 03471/310492

u. 152 035 061 47

Mail: dielinke-slk@t-online.de

06391 Bernburg, PF 1104

Redaktion :

Friedrich Schütz (V.i.S.d.P)

Rüdiger Wendt,

Klaus Magenheimer,

Jörg Lemmert

Bei nicht vereinbarten und nach
Redaktionsschluss eingegan-
genen Artikeln kann die Veröffent-
lichung nicht garantiert werden.